MÜNSTER26

BESCHLUSSPAPIER

Münster, 27. August 2026

Beschlusspapier der gemeinsamen Klausurtagung
der Geschäftsführenden Vorstände von CDU/CSU und SPD

Deutschland und Europa müssen resilienter werden

Resilienz ist die strukturelle Widerstands- und Anpassungsfähigkeit unseres demokratischen Staates nach innen und außen. Hierunter verstehen wir mehr als das Management akuter Krisen: Es geht um die strukturelle Stärkung der Gesellschaft, unserer Wirtschaft und des Staates mit seinen Institutionen, um dauerhaft und souverän handlungsfähig zu sein. Wir verfolgen dabei einen ressortübergreifenden Ansatz, der beinhaltet, Risiken früh zu erkennen, die politische und wirtschaftliche Verletzbarkeit zu reduzieren und strategische Abhängigkeiten abzubauen. Das Ziel ist dabei die Wahrung der Funktions- und Legitimationsfähigkeit unseres Zusammenlebens sowie unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Das verlangt, hybride Bedrohungen, geopolitische Erpressbarkeit und systemische Risiken nicht nur abzuwehren, sondern aus ihnen zu lernen, sich an sie anzupassen, und idealerweise politisch gestärkt daraus hervorzugehen. Es geht darum, Deutschland nach innen wie nach außen widerstandsfähiger zu machen und gezielt in die Strukturen zu investieren, die uns gegen Krisen wappnen. Dabei gilt es demokratisches Engagement und demokratische Institutionen auch gegen innere und äußere Feinde und Widersacher zu stärken.

Denn Deutschland sieht sich 2026 weiter mit tiefgreifenden geopolitischen, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen konfrontiert. Der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zunehmende geopolitische Machtkonflikte sowie eine regelbasierte internationale Ordnung, die von unterschiedlichen Akteuren in Frage gestellt wird, führen zu einer neuen Qualität internationaler Risiken, die Europa vor Herausforderungen stellen, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hybride Angriffe auf die Bundesrepublik nehmen zu. Zugleich bestehen weiterhin strukturelle Abhängigkeiten in zentralen strategischen Bereichen — etwa bei kritischen Rohstoffen und essentiellen militärischen Fähigkeiten. Diese Entwicklungen verdeutlichen, wie verwundbar Deutschland und Europa gegenüber externen Schocks, wirtschaftlichem Druck und sicherheitspolitischen Erschütterungen sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir als Koalition von CDU/CSU und SPD die folgenden konkreten Maßnahmen in diesem Jahr voranbringen:

1. Mit einem Pakt für den Bevölkerungsschutz setzen wir auf eine bundesweite Koordinierung mit klaren Kompetenzen und einer engeren Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

Das BBK fungiert dabei als koordinierende Stelle und das THW als operative Einsatzorganisation. Insgesamt wollen wir dabei die Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzschutzes hervorheben und ihn in seinen Strukturen auf allen Ebenen stärken und sichtbar machen.

2. Die freiheitlich demokratische Grundordnung durch digitale Befugnisse schützen: Indem wir unsere Sicherheitsbehörden durch neue zeitgemäße und verhältnismäßige Befugnisse ausstatten, werden diese in ihrem Vorgehen gegen die Feinde unserer Demokratie schlagkräftiger. Auch Cyberangriffe in Deutschland nehmen zu, auch von hochprofessionellen Angreifern. Wir werden die Sicherheitsbehörden in ihren Befugnissen stärken, um Cyberangriffe besser zu detektieren und abzuwehren.

3. Drohnenabwehr stärken: Der Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig/Halle am 4. August 2026 hat uns erneut vor Augen geführt, wie sehr sich die Sicherheitslage in Deutschland verschärft hat. Auf die gestiegene Bedrohung hat die jetzige Koalition bereits mit der Schaffung des Drohnenabwehrzentrums (GDAZ) im Dezember 2025 und des Gemeinsamen Zentrums zur Abwehr hybrider Bedrohungen (GAZ Hybrid) im Juni 2026 sowie mit diversen Gesetzesänderungen, u.a. im Luftsicherheits- und Bundespolizeigesetz, reagiert. Zudem wird die technologische Forschung im Bereich Drohnenerkennung und -abwehr gestärkt.

4. Pakt für den Rechtsstaat: Damit der Rechtsstaat schnell, verlässlich und effektiv funktioniert, sorgen wir mit dem gemeinsam mit den Ländern für eine verbesserte Digitalisierung der Justiz, eine Reform der Verfahrensordnungen sowie einer personellen Stärkung der Justiz. Dies ist fundamental für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie.

5. Wehrhafte Demokratie: Resilienz heißt auch, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu festigen und sie gegen extremistische Bestrebungen sowie ausländische Einflussnahme zu schützen, die auf eine Schwächung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzielen.

6. Mit der Reform des Rechts der Nachrichtendienste erhalten diese erstmals operative Fähigkeiten zur Abwehr von Gefahren aus dem In- und Ausland, wozu für den BND auch deutlich effektivere Möglichkeiten im Bereich der strategischen Aufklärung gehören. Gleichzeitig wird die unabhängige Kontrolle der Dienste einheitlicher und effektiver. So verbinden wir Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen, muss die Reform der Nachrichtendienste noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

7. Technologische Souveränität und Resilienz bei KI: Deutschland und Europa müssen die Zukunft von Künstlicher Intelligenz mitprägen und dürfen den Anschluss bei Forschung und Entwicklung nicht verlieren. Wir müssen unsere wirtschaftliche Stärke noch stärker als bislang nutzen, um in eine eigene, sichere und souveräne KI- und Cloud-Infrastruktur, wie zum Beispiel BSI-zertifizierte Rechenzentren, zu

investieren. Der Staat sollte diese Unternehmen durch Nachfrage ihrer Technologie gezielt fördern (Ankerkunde). Insgesamt sind die Stärkung digitaler Souveränität und die Reduzierung technologischer Abhängigkeiten von Drittstaaten, insbesondere angesichts der rasanten Fortschritte in Forschung und Entwicklung, entscheidend für unsere Zukunft.

8. Stärkung der Reserve: Um unsere Verteidigungsfähigkeit weiter zu stärken, brauchen wir eine leistungsfähige und einsatzbereite Reserve. Mit dem Reservestärkungsgesetz steigern wir die Attraktivität des Reservedienstes, reduzieren bürokratische Hürden und sorgen dafür, mehr Reservistinnen und Reservisten für die Bundeswehr zu gewinnen.

9. Verlässliche Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit: Mit der Ausnahme von Verteidigungsausgaben in Höhe von mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von der Schuldenbremse haben wir die Grundlage für eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Bundeswehr geschaffen. Diesen Kurs setzen wir konsequent fort und statten unsere Streitkräfte mit dem dringend benötigten Material aus. Dazu zählt auch die Beschaffung weitreichender Waffensysteme, um die Abschreckungsfähigkeit gegenüber Russland zu stärken und langfristig sicherzustellen.

10. Abhängigkeiten reduzieren: Auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat die „Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommission untersucht die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere bei Energie- und Rohstoffimporten und im Hinblick auf wirtschaftlich und sicherheitspolitisch maßgebliche Technologien, von China und damit verbundene Risiken. Sie soll in ihrem ersten Bericht bis Ende des Jahres auch Handlungsempfehlungen vorlegen, wie Risiken minimiert und Abhängigkeiten reduziert werden können. Zur Reduzierung von Abhängigkeiten und Diversifizierung von Handelsströmen bei kritischen Rohstoffen wollen wir mit Hilfe des Rohstofffonds verstärkt auch wieder in den Rohstoffabbau in Deutschland und Europa einsteigen. Erste Beteiligungen im In- und Ausland wurden bereits auf den Weg gebracht.